

Zukunft.li: Überregionale Bedarfsplanung im Gesundheitswesen muss initiiert werden

Wenn die Bedarfsplanung in der Schweiz ohne Liechtenstein erfolgt, besteht das Risiko, dass Versorgungsengpässe entstehen.

David Sele

Liechtenstein sollte mit den Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden eine überregionale Bedarfsplanung im Gesundheitswesen anstreben. Diese Empfehlung gibt die Stiftung Zukunft.li in ihrer am Freitag veröffentlichten Studie zum Gesundheitswesen in Liechtenstein ab. Es sei wichtig, dass Liechtenstein entsprechende Gespräche mit den Schweizer Nachbarn initiiere, um bei der Bedarfsplanung nicht aussen vor zu bleiben.

Lange Wartezeiten und Wege drohen

Hintergrund ist eine absehbare Veränderung der Rahmenbedingungen in der Schweiz. Nachdem immer mehr medizinische Eingriffe ambulant statt stationär durchgeführt werden können, hat die Schweiz auch die Regeln zur Finanzierung dieser Eingriffe angepasst. Heute übernimmt die öffentliche Hand nur bei stationären Eingriffen 45 Prozent der Kosten. Ab 2028 sind es nur noch 24,5 Prozent – allerdings neu auch bei ambulanten Eingriffen. Dies führt dazu, dass die Kantone künftig nicht nur bei der Planung des stationären Angebots, sondern auch beim ambulanten Angebot verstärkt



Die Gesundheitschefs aus St. Gallen und Liechtenstein, Bruno Damann (l.) und Manuel Frick, sollten laut einer Studie vertieft über eine gemeinsame Bedarfsplanung reden.

Bild: Archiv/IKR

mitbestimmen. Bis Juni 2025 müssen sie eine Bedarfsplanung aufgleisen, damit kein Überangebot im ambulanten Bereich entsteht. Wie genau diese aussieht, ist den Kantonen überlassen. In St. Gallen und Graubünden ist dies noch unklar. Klar ist hingegen, dass sich

das medizinische Angebot an der Grenze zu Liechtenstein in den kommenden Jahren verändern wird. «Auch wenn ambulante Leistungen heute vorwiegend im Inland erbracht werden, könnten sich hier potenzielle Probleme bei der spezialärztlichen Versorgung erge-

ben», warnen die Studienautoren. Denn in einigen Fachdisziplinen, wie zum Beispiel Gynäkologie oder Hals-Nasen-Ohren-Medizin ist Liechtenstein aktuell auf das Angebot in der Schweiz angewiesen.

Wenn in der Schweiz nun aber eine Bedarfsplanung, die

auf ihre Bevölkerung ausgerichtet ist, vornimmt, könnte daraus eine Unterversorgung für Liechtenstein resultieren. Dies zumindest, wenn man bei der Planung aussen vor bleibt.

Idealerweise sollte Liechtenstein daher eine gemeinsame Bedarfsplanung mit den Nachbarkantonen realisieren, schreiben die Studienautoren. Und angesichts des bereits laufenden Prozesses sollte sich das Land möglichst schnell einbringen. «Ohne eine solche Abstimmung besteht die Gefahr, dass Wege oder Wartezeiten für die Spezialversorgung von Patienten aus Liechtenstein länger werden», heisst es in der Studie.

Der Trend zu mehr Ambulantisierung in den Spitälern könne dieses Risiko zusätzlich verstärken. Wenn die Schweiz nämlich ihr Spitalwesen rationalisiert, ohne auf die Bedürfnisse Liechtensteins zu achten, besteht die Gefahr, dass jene Angebote, die aktuell aus der Schweiz eingekauft werden, nicht mehr bzw. nicht mehr so einfach zur Verfügung stehen.

Regulatorische Annäherung als Chance für das Land

Dass auf Schweizer Seite künftig auch eine Bedarfsplanung erfolgen soll, sei für Liechtenstein

aber auch eine Chance, schreibt die Stiftung Zukunft.li. Damit nähern sich die Nachbarn nämlich der Regulierung Liechtensteins an, wo es bereits eine Bedarfsplanung gibt. Durch diese Annäherung könnte es nun einfacher werden, das Angebot der Gesundheitsdienstleistungen gemeinsam zu planen. Und dies wiederum wäre für alle Beteiligten von Vorteil: Denn wenn verschiedene Akteure auf so einem kleinräumigen Gebiet unabhängig voneinander planen, besteht die Gefahr, dass Doppelspurigkeiten entstehen und die angestrebten Bedarfsplanungen unterwandern.

Spital: Jüngst erfolgte eine Absage aus Liechtenstein

Zumindest in Sachen Spital hat die Liechtensteiner Seite den Nachbarkantonen – und insbesondere dem Kanton St. Gallen – jüngst jedoch eine klare Absage erteilt. Im Zuge des Abstimmungskampfes zum Spitalneubau liessen Gesundheitsminister Manuel Frick und das Landesspital verlauten, dass man nicht daran interessiert ist, in die Spitalplanung eines Kantons eingebettet zu sein. Dies, weil man befürchtet, dass dann aus der Schweiz vorgegeben werde, welche Leistungen am Landesspital angeboten werden dürfen.